

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 10

Artikel: Die Philippinen nach den Wahlen
Autor: Espiritu, Augusto Cesar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143724>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Philippinen nach den Wahlen

«The Longest Election» hat Augusto Cesar Espiritu die englische Originalfassung seines Berichts für die Neuen Wege überschrieben. Warum es die «längste Wahl» in der politischen Geschichte der Philippinen war, geht eindrücklich aus diesem differenzierten Einblick in die Komplexität der politischen Ausgangslage der Wahlen vom vergangenen Mai hervor. Nebst Kongress und Senat, Provinz- und Lokalbehörden war gleichzeitig der Präsident zu wählen. Die Präsidentenwahl, die im Vordergrund des Interesses stand, endete mit dem Sieg von Fidel V. Ramos, dem einstigen Architekten des Kriegsrechts unter der Marcos-Diktatur und späteren getreuen Verteidigungsminister Corazon Aquinos durch sechs Putschversuche hindurch. Was seine Wahl zu bedeuten hat, ob Rückkehr zu den schnellen Lösungen der Gewalt oder Demokratisierung des Landes und Bekämpfung der Armut, lässt sich noch kaum absehen. Nach wie vor gibt es zu viele Unbekannten für die weitere Zukunft des leidgeprüften Volkes. Der Verfasser dieses Textes, Augusto Cesar Espiritu, ist Rechtsprofessor und Spezialist für Menschenrechtsfragen. Unter der Regierung Aquino war er Botschafter der Philippinen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Übersetzung besorgte Reinhild Traitler.

Red.

Gigantomanischer Wahlkampf

Nach den komplexen, fast bizarren Wahlen eines Landes, das das amerikanische Nachrichtenmagazin Newsweek einmal «unregierbar» genannt hatte, dauerte es gut einen Monat, ehe das Resultat feststand. Es hat Zeit gebraucht, um die 25 Millionen Stimmen zu zählen, die für insgesamt 80 000 Kandidatinnen und Kandidaten abgegeben wurden, Zeit, um festzustellen, wer die 17 200 Gewinnerinnen und Gewinner sind, die in diesen Wahlen zu ermitteln waren, die Dorfvorsteher, Bürgermeister, Stadträte, Provinzgouverneure und Räte, sowie die zweihundert Mitglieder des Kongresses, die 24 Senatoren, der Vizepräsident und der Präsident. Alles in allem mussten die 25 Millionen Wählerinnen und Wähler (knapp 80 Prozent der 32 Millionen Wahlberechtigten) vierzig Namen auf einer ebenso langen Wahlliste niederschreiben.

Ähnlich gigantomanisch war der Wahlkampf der sieben Wahlteams gewesen, die alle ihre Listen von Kandidierenden im Schlepptau geführt hatten. In einem Land, das ein halbes Jahrhundert mit einem Zweiparteiensystem operierte, waren die sieben

Kandidaten dieser Wahl eine Neuheit, die auch die Verfassung von 1987 nicht vorgesehen hat. Eine solche Vielfalt von Parteien war bisher das Kennzeichen bestimmter parlamentarischer Regierungsformen oder neuer, mit dem politischen Pluralismus unvertrauter Systeme. Die Philippinen haben von ihrem politischen Mentor, den USA, das Präsidialsystem übernommen: Folglich kennt die Verfassung keine zweiten Wahlgänge.

Parteiensplitterung

Von 1946 bis 1972 gab es in den Philippinen zwei politische Parteien: Die Nacionalista Partei und die aus der Nachkriegszeit stammende Liberale Partei. Die beiden fast gleich starken Parteien hatten sich bis zum Eintritt von Ferdinand Marcos in die philippinische Geschichte beim Regieren abgewechselt. Das spontane Entstehen von Parteien ohne Programme, das diese letzten Wahlen auszeichnete, hat mit der Zerstörung des Zweiparteiensystems in der Ära Marcos zu tun.

Die Nacionalista Partei, der Marcos selbst angehört hatte, bevor er seine eigene

politische Bewegung, die «Neue Gesellschaft» gründete, hätte die stärkste Opposition zur Regierung Aquino stellen können. In den letzten zwei Jahren verstärkte sich die Enttäuschung über Präsidentin Aquino derart, dass sie selbst eine neuerliche Wahl aller Wahrscheinlichkeit nicht mehr gewonnen hätte.

Aber der Alleinvertretungsanspruch für die Nacionalista Partei wurde von drei Kandidaten erhoben: von Vizepräsident Laurel, dessen Bruder vor der Erklärung des Kriegsrechts Parteipräsident gewesen war; von Johnny Ponce Enrile, der 1986 (unterstützt von der berühmten People's Power) den Aufstand angeführt hatte, nachdem er vierzehn Jahre lang der Verteidigungsminister des Diktators gewesen war; und von Danding Cojuangco, dem Cousin Corazon Aquinos, der als schwerreicher Intimus von Marcos so manchen Deal mit ihm gedreht hatte.

Nachdem Laurel aus dem Parteikongress der Nacionalistas als Sieger hervorgegangen war, hatten sich die beiden anderen an die Spitze eines Nacionalista-Enrile-Flügels und einer Nacionalista People's Coalition (NPC) gesetzt. Hätten sich alle diese Gruppen zusammen mit Frau Marcos, die, obwohl von der Presse mit Verachtung behandelt, immerhin einen respektablen fünften Platz bei der Wahl erzielte, zu einer Koalition vereinigt, wäre ihnen wahrscheinlich der Wahlsieg sicher gewesen.

Die *Liberalen* hatten vor Marcos zwei der vier Präsidentschaftswahlen seit Ende des Krieges gewonnen. Immerhin konnte sich die Partei rühmen, dass sie nicht mit Präsident Marcos kollaboriert hatte. Aber sie hatte Mitglieder verloren in den langen Jahren des Kriegsrechts: Mancher Liberale hat sich in dieser Zeit der Marcos-Bewegung für eine «Neue Gesellschaft» angeschlossen, wenn nicht aus Überzeugung, so um den einen oder anderen Brocken vom Tisch der Macht zu ergattern.

Hoffnungsträger ohne Geld

Jovito Salonga, der Kandidat der Liberalen, ist der Partei und ihren Prinzipien immer treu geblieben. Schon 1965 und 1969 hatte er die Wahl zum Senator als Spitzenreiter geschafft. 1987 gelang ihm das ein drittes Mal.

Er wurde Senatspräsident. Was sein moralisches Engagement und seine intellektuellen Fähigkeiten betrifft, war Salonga seinen Mitbewerberinnen und Mitbewerbern um die Präsidentschaft sicher haushoch überlegen. Aber seinen Wahlkampf musste er mit einem mehr als schmalen Budget führen, oft nicht einmal unterstützt von seinen eigenen liberalen Senatoren. Das körperliche Handicap – ein blindes Auge und ein taubes Ohr –, das immer wieder gegen ihn ins Feld geführt wurde, ist die Folge eines Bombenattentats, bei dem 1972 fast die gesamte Führung der Liberalen ausgelöscht worden war.

Als Senatspräsident hatte Salonga die von Aquino sehnlich herbeigewünschte Ratifizierung des Vertrags über die US-Basen vereitelt: Das hat ihm zwar den Respekt national gesinnter Filipinos eingetragen, aber auch den Zorn der Amboys (ein Akronym für «American Boys» – jene Politiker also und ein Gutteil der philippinischen Bevölkerung, die sich immer noch als Klein-Amerika fühlen).

Salonga hat sich auch immer wieder für eine Politik der *nationalen Versöhnung* und für den Dialog mit den Rebellen eingesetzt. Er verachtete die unterwürfige Haltung der Zentralbank in den Verhandlungen mit *IWF* und *Weltbank* und verfolgte in der Schuldenpolitik eine klare Linie: einen Plafond für die Tilgungsleistungen sowie die Rückweisung von Schulden, die nicht zum Wohl der gesamten Bevölkerung gemacht worden sind. Das betraf vor allem das Bataan-Atomkraftwerk, für dessen Lizenz Präsident Marcos Gerüchten zufolge 17 Millionen Dollar Bestechungsgelder der Firma Westinghouse eingestrichen haben soll. Das Kraftwerk wurde hastig und ohne die nötige Sorgfalt beinahe direkt auf eine Erdbebenlinie gebaut, einen Steinwurf vom Mount Pinatubo entfernt, der 1991 nach 600 Jahren Ruhe seine vulkanische Tätigkeit mit unerhörter Wucht wieder aufgenommen hat. Allein die Zinsenlast für das Bataan-Atomkraftwerk kostet die Philippinen 350 Millionen Dollar pro Jahr.

Salonga und sein katholischer Mitbewerber *Pimentel* waren beide überzeugt, dass die schlechte Verteilung von Reichtum und politischer Macht weiterhin das Grundproblem des Landes ausmacht. Und sie

haben diese Meinung auch öffentlich vertreten. Das hat ihrem Regierungsprogramm in der westlichen, besonders in der amerikanischen Presse den spöttischen Vorwurf der Linkslastigkeit eingetragen. Dennoch, niemand hat bestreiten können, dass von den sieben Teams, die zur Wahl angetreten waren, nur Salonga und Pimentel ein Programm vorzuweisen hatten. In den Meinungsumfragen, die einige grosse humanitäre Organisationen inoffiziell organisiert hatten, lagen sie denn auch beständig an der Spitze – unter Fischern, Bauern, Studenten, Angehörigen der ökologischen Bewegung und der Freedom from Debt Coalition.

Aber Salonga und Pimentel fehlte das Geld, ohne das eine Wahl in den Philippinen nicht zu gewinnen ist: Sie landeten auf dem sechsten Platz. Schätzungen zufolge haben Cojuangco 200, Ramos 150 und Mitra 80 Millionen Franken für den Wahlkampf ausgegeben.

Aquinos Unterstützung für Ramos

1987 haben die Unterstützer von Corazon Aquino eine eigene Partei gegründet, die *Force of the Democratic Party (LDP)*. Aquinos Bruder, der einflussreiche Kongressmann Peping Cojuangco, und Ramon Mitra, der Sprecher des Hauses, haben in dieser Partei die Führung übernommen und sie systematisch für die Wahlen ausgebaut. Ein Jahr vor der Wahl waren etwa die Hälfte aller Angehörigen des Kongresses sowie der gewählten Gouverneure Mitglieder der LDP, die damit zur stärksten politischen Gruppierung avancierte. Auch Ramos ist dieser Partei beigetreten und fand sich Seite an Seite mit dem Präsidentschaftsanwärter der LDP, Ramon Mitra.

Aquino hat lange gezögert, bis sie Ramos, der sie als Verteidigungsminister immerhin durch sechs Coupversuche hindurchgetragen hatte, ihre volle Unterstützung zusagte. Das hat Mitra die Möglichkeit gegeben, die Nominierung der LDP zu erhalten, und es hat Ramos veranlasst, seine eigene Partei zu organisieren. Die «EDSA-Power» wurde ziemlich schnell auf die Beine gestellt: Sie sollte die philippinische Bevölkerung an die gewaltlose Revolution erinnern, die im Februar 1986 auf dem EDSA-Boulevard statt-

gefunden hat. Sehr zum Missvergnügen von Kardinal Sin, der die EDSA-Revolution immer noch auf einen Eingriff der Jungfrau Maria zurückführt, nahm Ramos mit diesem Namen auch die Geschichte der Revolution für sich in Anspruch.

Mit dem Segen von Aquino versehen, war Ramos um *Geldquellen* nicht verlegen. Die Präsidentin selbst hat offensichtlich Gelder, die für besondere Zwecke zur Verfügung standen, in seinen Wahlkampf gepumpt, eine Tatsache, die die Anwälte der LDP zu einer Klage beim philippinischen Bundesgericht, dem Supreme Court, veranlasst hat. Darüber hinaus liess Ramos' geheimnisvolle Reise nach Zürich, zwei Monate vor der Wahl, erneut Spekulationen aufleben: Ist er nach Zürich gereist, um dort von einem Geheimkonto Gelder abzuheben? Und waren das Gelder, die er in den Jahren der Plünderung unter Marcos auf die Seite geschafft hatte? Der nicht erklärte Abstecher nach Zürich hat Ramos zunächst geschadet, aber er hatte die Zeit auf seiner Seite. In den mehr als zwei Monaten bis zur Wahl passierte noch einiges, das die philippinische Bevölkerung die an die Reise nach Zürich geknüpften Fragen vergessen liess.

Freilich weiss jeder in den Philippinen, dass Ramos einer der «Rolex 12»-Verschwörer war, jenes inneren *Zirkels um Marcos*, der das Kriegsrecht ausgeheckt und dafür als Andenken eine teure Schweizer Uhr erhalten hatte. Zu den Zwölf gehörten im weiteren Ponce Enrile und Cojuangco, Marcos' Intimus Nummer 1. Noch eine Woche vor der Wahl hat Enrile in einer öffentlichen Erklärung zu verstehen gegeben, dass Ramos in der Tat den militärischen Aspekt des Kriegsrechts geplant und durchgeführt hatte, aber auch für die Erstellung der «Hit-Lists» verantwortlich gewesen war, mit denen Tausende von Dissidenten verfolgt wurden.

Es war Präsidentin Aquino selbst, die die Schläge für Ramos einsteckte und sich zu seiner Verteidigerin machte. Uneingedenk der Tatsache, dass General Ramos seinerzeit ihren Mann Benigno Aquino, den Dissidenten Nummer eins, am ersten Tag des Kriegsrechts hatte einsperren lassen, erteilte sie Ramos die Absolution: Seine Loyalität in sechs Coupversuchen schien Busse genug.

Wahlsieg gegen Asiens Richelieu

Ramos ist schliesslich trotz mehrfacher Handicaps als Sieger aus der Wahl hervorgegangen: Er hatte keine wirkliche Partei und damit auch keine politische Maschinerie, die für ihn hätte arbeiten können. Problematischer, ihm fehlte die Unterstützung der katholischen Kirche. Während sich Asiens Richelieu, der philippinische Kardinal Sin, zunächst gegen Cojuangco und Imelda Marcos gewandt hatte, um eine Restauration des alten Regimes zu verhindern, wurde Ramos seine nächste Zielscheibe. In einem vorwiegend katholischen Land, das nie zuvor einen *protestantischen* Präsidenten gewählt hatte, warnte Sin seine Schäfchen, nicht jene zu wählen, die «durch ihr tödliches Schweigen das Fehlen moralischer Überzeugungen zum Ausdruck gebracht haben» und die «den Tod, die Wunden und die Zerbrochenheit, die sie anderen in der Vergangenheit zugefügt, nicht gesühnt haben». Gemeint waren Salonga und Ramos.

Dass es der katholischen Kirche nicht gelungen ist, dem von ihr favorisierten Mitra-Fernan-Team zum Sieg zu verhelfen, zeigt, dass die katholische Wählerschaft geteilter Meinung war. Wichtiger noch: Die Präsidentin der Philippinen hatte alle Macht ihres Amtes sowie beträchtliche persönliche Energien investiert, um Ramos in die Nachfolge zu heben. In diesem Sinn war die Wahl ein klassischer Kampf zwischen den Verbündeten der Periode von 1986-1991: dem Prinzen der Kirche und der bis dahin gehorsamen Katholikin, der Präsidentin der Philippinen.

Natürlich wird die katholische Kirche auch künftige Wahlen zu beeinflussen suchen, ebenso wie die Iglesia ni Cristo. Aber die Verluste dieser Wahl werden sich nicht leicht wettmachen lassen. Und die sechsjährige Amtszeit eines protestantischen Präsidenten wird das ihre tun, um Machtkonstellationen zu verändern.

Angst vor Fundamentalismus

Geholfen hat Ramos aber auch die unerwartete Popularität der *Kandidatur Cojuangcos*, die durch die erklärte Unterstützung der *Iglesia ni Cristo* drei Wochen vor der Wahl noch einmal Aufwind erhielt. In einer Wahl,

in der der Gewinner weniger als 5,3 Millionen Stimmen bekam, waren die sicheren 1,7 Millionen Anhängerinnen und Anhänger der Iglesia ni Cristo eine nicht zu unterschätzende Macht. Diese Unterstützung der Cojuangco-Kampagne bekam ein besonderes Gewicht, als Cojuangco zu seinem «*Miting de avance*» (dem traditionellen Kräftemessen der Kandidaten vier Tage vor der Wahl) etwa eine Million Wählerinnen und Wähler zusammentrommelte – die Mehrheit davon Mitglieder der Iglesia ni Cristo. Es war die grösste politische Versammlung in der Geschichte der Philippinen, in der Tat so gigantisch, dass einige politische Kommentatoren sie mit den Massenkundgebungen der Hitlerzeit verglichen. Wahrscheinlich hat diese Kundgebung das Blatt gewendet. Beunruhigt von derartigen Machtdemonstrationen, haben wohl viele «progressive» Bürgerinnen und Bürger, die sonst Salonga oder Laurel gewählt hätten, ihre Pläne geändert:

Jetzt galt es, die durch keine Reue gemilderte Restauration der Marcosjahre abzuwenden. «Wenn ich meinem Gewissen folgen könnte, würde ich Salonga wählen, wenn es darum geht, die Präsidentschaft Danding Cojuangcos zu verhindern, muss ich für Ramos stimmen», schrieb ein bekannter politischer Kolumnist und sprach damit für viele.

Maschinerie allein genügt nicht

Was *Miriam Defensor* betrifft, die Kandidatin, die ohne Parteimaschinerie und ohne Regierungserfahrung dennoch in den offiziellen Meinungsumfragen an der Spitze lag, so erklärt sich ihre Popularität aus verschiedenen Faktoren. Sicherlich hatte sie den «Youth-Appeal», sie wandte sich an Leute, die nach Überzeugung wählen wollten und nicht nach Partei. Und sie machte die traditionell tief im philippinischen Sozialgewebe verankerte Korruption zum Feind Nummer eins, den es zu bekämpfen gilt. Das nahm die Stimmung breiter Kreise auf, für die sich auch unter Aquino nichts geändert hatte an der Armut, der Korruption und den Machtverfilzungen der Elite.

Wahlen sind trotzdem *Fiesta* in den Philippinen: Filipinos haben eine Leidenschaft für Politik, und Wahlkundgebungen sind

immer noch die beste Unterhaltung: Da treten die Film- und Fernsehstars in die Manege, es gibt Gratis-Feuerwerke vor und nach den Wahlsprachen und ein aufregendes Vergnügen nach dem anderen. Dass die Wirtschaft vier Monate lang fast zum Stillstand gekommen ist, hat dabei niemanden gestört.

Traditionell gilt in den Philippinen, dass eine Wahl ohne politische Maschinerie und ohne erhebliche Summen Geld nicht zu gewinnen ist. Vor allem in ländlichen Gebieten müssen die Kandidierenden für den Transport der Wählerinnen und Wähler zu den Wahllokalen und für den Unterhalt der Leute am Wahltag aufkommen. Diese Wahl hat jedenfalls gezeigt, dass eine Maschinerie allein nicht genügt. Miriam Defensor hatte keine Maschinerie und hat beinahe gewonnen. Mitra andererseits hatte sich fast völlig auf seine wohlgeölte Partei verlassen und landete auf einem schlechten vierten Platz. Hauptgrund dafür ist, dass er als «Trapo», als traditioneller Politiker gesehen wurde, dessen Hauptinteresse der Erweiterung seiner Macht galt. Jedenfalls haben die Wählerinnen und Wähler signalisiert, dass sie eine *neue Politik* wünschen, die aufräumt mit den traditionellen politischen Bossen, dem Patronatssystem und den feudalen Zuständen.

Ein Minderheitspräsident vor schwierigen Aufgaben

Um die Bedeutung der Präsidentschaftswahlen in den Philippinen voll würdigen zu können, müssen sich europäische Leserinnen und Leser immer wieder vor Augen halten, dass das Präsidentenamt in den Philippinen mit weitaus grösserer Macht ausgestattet ist als die Ämter der Regierungschefs europäischer Staaten oder selbst als das Amt des amerikanischen Präsidenten (in den USA hätte nur der Kongress das Kriegerrecht erklären können, in den Philippinen fällt das unter das Vorrecht des Präsidenten).

Die zentralistische Regierungsform gibt dem Präsidenten darüber hinaus die Kontrolle über alle Provinz- und Lokalregierungen: In einem Bundesstaat ist das nicht der Fall. In diesem Sinn hat das Amt des philippinischen Präsidenten einen *imperialen Touch*, gleichgültig ob der Amtsinhaber persönlich bescheiden ist.

Jetzt, wo die Wahlen vorbei sind und sich die Aufregung gelegt hat, muss sich die neue Regierung mit den Problemen auseinandersetzen. Die offensichtlichste Sorge gilt natürlich der *Stabilität*. Schon der Aquino-Regierung waren sechs Coups beschert. Selbst ein Präsident, der von einer Mehrheit gewählt worden wäre, hätte Schwierigkeiten, den unregierbaren Archipel zu führen, wieviel mehr einer, der die Zustimmung von nur 5,3 Millionen der 25 Millionen Wahlberechtigten gefunden hat? Wie kann jemand, der ganze 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, von sich behaupten, er vertrete das Volk in einer «repräsentativen Demokratie»? Natürlich ist es Spekulation, die Stabilität der Regierung anzuzweifeln. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Befürchtungen als nichtig erweisen. Sie werden nicht zuletzt aus Kreisen der Armee genährt, in der Ramos nicht nur Freunde hat. Es gibt auch Grund für Optimismus: Lokale Unternehmer sehen Ramos als verlässlichen Partner und als Garanten für Stabilität in einem Land, dessen wirtschaftliche Ressourcen vergeudet worden sind und dessen Entscheidungsträger sich durch Individualismus und Kapripen ausgezeichnet haben.

Sicherlich ist Ramos ein Plusfaktor in den feindseliger gewordenen *Beziehungen zu den USA*. Viele Amerikaner haben die Philippinen abgeschrieben – eine Reflexreaktion nach der Entscheidung des philippinischen Senats, den Vertrag über die Militärbasen nicht zu erneuern. Ramos ist Absolvent der amerikanischen Elite-Militäruniversität Westpoint. Und sowohl das Pentagon als auch das State Department haben sich über den Ausgang der Wahlen zufrieden gezeigt. Ramos selbst will der Verbesserung der Beziehungen Priorität einräumen.

Dann gilt es das heikle Problem des Verhältnisses zwischen *Kirche und Staat* anzugehen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die «Chemie» zwischen dem katholischen Kardinal Sin und dem protestantischen Präsidenten Ramos nicht unbedingt die beste ist. Wie kann der Präsident vergessen, dass Sin ihn praktisch aufgefordert hatte, wegen seiner «Sünden der Vergangenheit» die Kandidatur auf das Präsidentenamt aufzugeben?

Darüber hinaus gibt es aber ein potentiell wichtigeres Konfliktfeld für die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, nämlich das der *Familienplanung*. Unter Marcos und, beeinflusst von der amerikanischen Politik der Carter-Zeit, wurde ein aktives Familienplanungsprogramm verfolgt; in den Philippinen, einem Land mit einer Geburtenrate von 3,2 Prozent ein Muss, um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Bildungseinrichtungen und Gesundheitsfürsorge sicherzustellen. Unter Aquino kamen die Familienplanungsprogramme fast zum Stillstand: Dabei hat sich Kardinal Sin zum Erzfeind dieser Programme hochstilisiert und den Gebrauch von Verhütungsmitteln in Bausch und Bogen verdammt. Die treu katholische Präsidentin und einige ihrer Kabinettsmitglieder mussten nicht erst überzeugt werden: Familienplanung wurde, wenn nicht gerade abgeschrieben, so einfach vergessen.

Was diesen heiklen Punkt betrifft, teilen viele progressive Katholikinnen und Katholiken durchaus nicht die Meinung des Kardinals – der Präsident der katholischen Ateneo-Universität hat in einem Rechtsstreit sogar dargelegt, dass die verfassungsmässig garantierte religiöse Freiheit nicht in eine aufgezwungene Praxis der religiösen Orthodoxie einer Konfession münden dürfe. Eine Konfrontation ist in Zukunft nicht ausgeschlossen.

Die einzige Persönlichkeit, die sich in den letzten Jahren für Familienplanung als wichtigen Faktor wirtschaftlichen Aufschwungs eingesetzt hat, ist Senatorin *Letitia Shahani*, die intelligente und selbstbewusste Schwester des neuen Präsidenten. Es ist kaum vorstellbar, dass der Präsident gerade in dieser Sache seiner Schwester die moralische Unterstützung verweigern wird.

Auch in Zukunft die schnellen Lösungen der Gewalt?

Ramos ist kein Redner, noch strahlt er Charisma oder ein offensichtliches Interesse an Kontakten mit der Bevölkerung aus. Daheim in der *Armee*, kennt er sich besser in Statistiken aus als in den für die philippinische Politik so wichtigen Regeln der Rhetorik. Seine Verbindung zum Militär erfüllt die Liberalen immer noch mit einem guten Mass

Angst: Sie fürchten, dass er eher mit den schnellen Lösungen der Gewalt vertraut ist als mit den langsamen der Vernunft, wenn es darum geht, widersprüchliche Argumente und Werte zu einer Entscheidung zu bringen. Vielleicht stimmt das.

Vielleicht stimmt es aber auch, dass ihn sechs Monate Wahlkampf und die Begegnung mit zahllosen Menschen «*demokratisiert*» haben. In seinen Gesprächen mit Menschenrechtsorganisationen hat er immer wieder die Notwendigkeit der «*Ermächtigung der Massen*» (empowerment of the people) angesprochen. Noch vor drei, vier Jahren hätte ein solches Vokabular beim Militär Verdacht ausgelöst: Damals hiess das Losungswort «*Zerschlagung der Insurrektion*», von Menschenrechten war da nicht viel die Rede. In seiner Antrittsrede, einen Monat nach seiner Amtsübernahme, hat Ramos den philippinischen Kongress auch aufgefordert, die kommunistische Partei zu legalisieren und einer grosszügigen Amnestie zuzustimmen, um zwei Jahrzehnten des Aufstandes ein Ende zu bereiten.

In gewisser Weise wird man Ramos mit George Bush vergleichen können: Er wird kein Visionär sein, und er wird dem radikalen Wandel, den das Land eigentlich brauchte, skeptisch gegenüberstehen. Sein Spitzname «*Steady Eddie*» wird wahrscheinlich auch Charakteristikum seines Führungsstils sein: eher in ruhigen Wassern zu fahren und die Probleme anzugehen, wie sie kommen. Seltsamerweise hat sich Ramos ein *Image der Integrität* bewahrt, auch wenn er nicht selten in seinem Leben durch schlammige Wasser gesegelt ist. Er ist, wenn nichts anderes, ein Überlebenskünstler, der dreizehn tumultreiche Jahre mit Marcos und sechs immer wieder bedrohte mit Corazon Aquino siegreich überstanden hat.

Überwältigende Widersprüche

Die Wette gilt, dass die Philippinen der Karriere ihres Präsidenten folgen werden: Sie werden überleben. Aber natürlich birgt der augenblicklich existierende Leidensdruck auch die Möglichkeit, die Gesellschaft weiter zu fragmentieren. Die Widersprüche sind schon heute überwältigend. Als kapitalistischer Staat aus Überzeugung haben die Phi-

lippinen gleichzeitig eine *semifeudale Wirtschaftsordnung*. Und obwohl das freie und allgemeine Wahlrecht garantiert ist, können sich nur die sehr Reichen und Mächtigen in die Politik einmischen. Während die Verfassung feierlich die «Souveränität des Volkes» proklamiert, hat eine herrschende Elite seit Beginn des Jahrhunderts das soziale, politische und wirtschaftliche Leben des Landes dominiert.

In Manila gibt es Ärzte und Kliniken, die den Regeln westlicher Topmedizin entsprechen, aber die medizinische Versorgung auf dem Land hat sich in siebzig Jahren nicht geändert. Und obwohl 60 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, fehlt es an Investitionen, die Arbeit schaffen könnten. Gleichzeitig haben ein paar Wirtschaftsbarone in Manila Einkaufszentren errichtet, gegen die sich die Tempel der Konsumgesellschaft in der Schweiz wie Zwerge ausnehmen. Dort werden die Konsumgelüste der 20 Prozent der Bevölkerung befriedigt, die es in die Mittelklasse geschafft haben. Mit hochqualifizierten Managern, die sich ihre Diplome in Harvard, der Business School der Universität der Philippinen oder im Asian Institute of Management geholt haben, und mit einer ebenso gut ausgebildeten Arbeiterschaft sind die Philippinen dennoch zum *Armenhaus* der wirtschaftlich am schnellsten wachsenden Region der Welt geworden.

Die Anhebung des *Wirtschaftswachstums* bleibt daher eine Priorität in einem Land, das noch vor dreissig Jahren im asiatischen Kontext gleich hinter Japan rangierte. Die philippinische «Demokratie», die, als Demokratie einer Elite, ohnehin fragil ist, würde eine schwache wirtschaftliche Leistung auf lange Sicht nicht verkraften können. Bis jetzt hat sich die Wirtschaft noch nicht von den Plünderjahren der Marcos-Zeit erholt, trotz oder vielleicht sogar wegen der sechs Jahre unter Präsidentin Aquino. Was die Wirtschaft in naher Zukunft braucht, ist nicht einfach unqualifiziertes Wachstum, sondern Wachstum, das die härtesten Aspekte der *Armut* so schnell wie möglich eliminiert und das die Möglichkeit in sich trägt, die enormen ökonomischen Ungleichheiten in Zukunft zu verringern.

All das und die Erhaltung von *Menschenrechten und Menschenwürde*, welche die Philippinen während der Jahre unter Marcos verloren haben, sind gigantische Aufgaben, die ein Zwergen-Präsident nicht lösen kann. Nur ein Riese von unangreifbarer Integrität, der das Selbstvertrauen der philippinischen Bevölkerung aufgrund seiner eigenen moralischen Grösse, seiner Weitsicht und seiner Entscheidungskraft wiederherstellen könnte, wäre dazu in der Lage – und selbst dann brauchte es noch eine gute Portion Glück und Gottes Hilfe!



Flexibel, dereguliert von Gesamtarbeitsverträgen, wieder aufgepäppelt durch kulturelle Kompensationsrichtungen und damit stets einsatzbereit sollen die modernen ArbeitnehmerInnen im Europa der EG sein. Die GAV's werden gelockert zugunsten individueller Regelungen zwischen Kapital und Arbeit, die Teilzeitarbeit nimmt immer grössere Ausmasse an, bei der vor allem das ökonomische Potential der Frauen «besser» genutzt werden soll.

Gegenüber diesen Veränderungen haben nicht nur die Gewerkschaften grosse Mühe, eine erneuerte Politik europaweit gesellschaftsfähig zu machen.

112 Seiten, Fr. 17.80

im Buchhandel oder direkt bei:

**SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG
FÜR MARXISTISCHE STUDIEN (VMS)**
Effingerstrasse 4a, 3011 Bern, Telefon 031 25 47 00, PC 30-14272-9